



## Daniela Kolbe

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzende der Enquete-Kommission für Wachstum,  
Wohlstand und Lebensqualität



## Dr. Matthias Zimmer

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellv. Vorsitzender der der Enquete-Kommission für  
Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität

Deutscher Bundestag  
Enquete-Kommission  
Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität

Kommissionsdrucksache  
17(26)73

An die  
Mitglieder der Enquete-Kommission  
Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität

Berlin, 7. März 2012

Sehr geehrte Mitglieder der Enquete-Kommission,

seit etwas mehr als einem Jahr tagen wir in der Enquete-Kommission. Wir haben vieles erreicht, aber auch schwierige Diskussionen geführt. Erste Ergebnisse liegen nun vor und wir haben gute Hoffnung, dass wir bald weitere Ergebnisse vorlegen können. Wir haben festgestellt, dass das öffentliche Interesse an unserer Arbeit hoch ist. Das Thema berührt die Menschen. Es ist kein tagesaktuelles Thema für die großen Schlagzeilen, aber doch eines, das an die Frage herangeht: Wie wollen wir leben? Welche Wertvorstellungen leiten uns?

Die Kommission ist durch einen von mehreren Fraktionen formulierten Einsetzungsbeschluss ins Leben gerufen worden. Diesem übergreifenden Ansatz wollen wir gerecht werden wenn wir mit dem beiliegenden Papier versuchen, aus unserer Sicht wesentliche Diskussionspunkte noch einmal aufzugreifen und zusammen zu führen. Wir tun dies aus der Verantwortung als Vorsitzende und stellvertretender Vorsitzender der Enquete-Kommission heraus. Wir hoffen, mit diesem kurzen Papier Fragestellungen thematisiert zu haben, die helfen, für die Kommunikation nach innen wie nach außen einige große Linien aufzeigen zu können. Es war nicht unsere Absicht, eine Bilanz zu ziehen, sondern im Rückblick und Ausblick uns unserer Fragestellung zu vergewissern. Dabei sind wir uns des Vorläufigen und Unvollständigen unserer Thesen bewusst, hoffen aber, dass die Thesen konstruktiv aufgegriffen und in der Arbeit der Enquete weiter entwickelt werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Daniela Kolbe

Matthias Zimmer

## **Thesen nach einem Jahr Arbeit der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages**

**Von Daniele Kolbe MdB und Dr. Matthias Zimmer MdB**

1. Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ schaut auf ihr erstes Jahr der Beratungen zurück. Das große Thema der Kommission, nämlich die Bedeutung des Wachstums für unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität, ist in diesem Jahr durchaus kontrovers diskutiert worden. Einerseits haben in den letzten zweihundert Jahren gerade die frühindustrialisierten Länder enorme Wachstumsschübe erlebt, die zu einem breiten gesellschaftlichen Wohlstand und einer deutlichen Zunahme der Lebensqualität geführt haben. Wachstum hat sich in der historischen Perspektive als segensreich für die Menschen erwiesen. Der Anspruch auf eine solche Entwicklung ist deshalb ein legitimes Recht all derjenigen Gesellschaften, denen bislang hoher Wohlstand und eine hohe Lebensqualität versagt geblieben ist. Andererseits ist in den letzten Jahrzehnten das Bewusstsein gewachsen, dass bestimmte Formen des Wachstums oder das Wachstum selbst zu einem Problem werden können: Die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen, soziale Ungleichheiten, Verknappung von Ressourcen und Prozesse der Entfremdung der Menschen in ihrem Arbeitsleben und ihren sozialen Beziehungen, aber auch die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 sind häufig genannte Aspekte eines problematisch gewordenen Wachstumsverständnisses. Gerade in einer Enquete-Kommission kann man eine solche Problemstellung parteiübergreifend aufgreifen und einen wichtigen Impuls für die gesellschaftliche Debatte formulieren.
2. Eine der wesentlichen Aufgaben der Kommission ist es, das Bruttoinlandsprodukt als Indikator für Wachstum zu ergänzen. Damit knüpfen wir an eine international breit geführte Diskussion an, die auch in anderen Staaten bereits zu alternativen Indices jenseits des Bruttoinlandsprodukts geführt haben. Die Erarbeitung eines alternativen oder ergänzenden Indikators (oder eines Satzes an Indikatoren) dient dazu, die Debatte über wirtschaftspolitische Ziele von der einseitigen Fixierung auf das BIP wegzuführen und auf eine breitere Basis zu stellen und die Leitvorstellungen von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität wieder stärker aufeinander zu beziehen. Wir sind davon überzeugt, dass ein neuer Indikator oder ein Satz an Indikatoren die Wachstumsdebatten bereichern kann, Zielkonflikte bei politischen Wertentscheidungen transparenter macht und den Bezugsrahmen der Debatten verändert.
3. Das Verständnis unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist heute noch stark geprägt von der Phase zwischen 1950 und 1975 in Westdeutschland, als auf der Basis hoher Wachstumsraten die Soziale Marktwirtschaft etabliert und die Demokratie gefestigt wurde. Dies ist ein Teil des Gründungsmythos der Bundesrepublik Deutschland.

Seitdem haben sich aber national wie international die ökonomischen, technischen und politischen Rahmenbedingungen teilweise dramatisch verändert. Hinzu kommen neue Herausforderungen, die sich etwa aus dem demographischen Wandel, dem nicht regulierten Finanzkapitalismus oder den ökologischen Gefährdungen ergeben. Diese Herausforderungen können mit Reformen unserer Wirtschaftsordnung im Sinne der sozialen Gerechtigkeit gemeistert werden. Wir wollen nicht die Systemfrage stellen, sondern Wege finden, im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung die ökologischen und sozialen Herausforderungen zu meistern.

4. Das Stabilitätsgesetz von 1967 sieht Wachstum als eines der vier Ziele im so genannten magischen Viereck. Die EU-Staaten hatten in der Lissabon-Strategie ein 3-prozentiges Wachstum sogar explizit quantitativ vorgegeben. In der Enquete-Kommission gibt es einen weitgehenden Konsens darüber, dass ein solches Verständnis von Wachstum als einem politischen Ziel problematisch ist. Wachstum kann aber als ein Mittel verstanden werden um bestimmte Ziele erreichen zu können. Folglich müssen wir Wachstum in Bezug auf diese Ziele diskutieren, seien es Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Wohlstand, Teilhabe oder Glück. Es kann weder das Ziel von Politik sein Wachstum zu steigern oder es zu begrenzen. Sehr wohl ist es aber Aufgabe der Politik, Wachstum auf die gesellschaftlichen Ziele hin zu optimieren. Politik schafft die Rahmenbedingungen und damit Anreizstrukturen, kann durch Gebote und Verbote dafür sorgen, dass sich die Wirtschaft zu einem auf normative Leitvorstellungen hin orientierten Ziel entwickelt. Das beinhaltet Wertentscheidungen darüber, wo Wachstum wünschenswert und förderungswürdig ist und wo nicht. Qualitatives Wachstum entsteht durch die innovative Kraft Einzelner, durch die Kraft der Freiheit, aber es bedarf auch der Gestaltung und der Regeln, damit es sich nicht blind gegen sich selbst richtet. Deshalb geht es darum, die sozial- und umweltverträglichen Aspekte des Wirtschaftens zu stärken, schädliche Wachstumsimpulse zurück zu drängen und ein lediglich virtuelles Wachstum, das vor allem im Bereich der Finanzmarkttransaktionen entsteht, zu begrenzen.
  
5. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten wird Deutschland durch die demographische Entwicklung vor Herausforderungen stehen, die zu einer Verringerung der arbeitsfähigen Bevölkerung und einer weitgehenden Stagnation des klassischen absoluten BIP-Wachstums führen können. Sicherlich können die Auswirkungen dieses Strukturwandels abgefedert werden, etwa über eine bessere Bildung und Ausbildung, systematische Weiterbildung, die Modernisierung der Infrastruktur, eine höhere Vollerwerbsquote von Frauen oder eine andere Verteilungspolitik. Ob dies allein ausreichend ist, können wir mit Sicherheit nicht sagen. Deswegen müssen wir uns auch der Frage stellen, wie wir mit niedrigen oder rückläufigen BIP-Wachstumsquoten den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern können ohne die Nachhaltigkeit aufs Spiel zu setzen.

6. Wir sind in Deutschland in eine internationale Wirtschaftsstruktur eingebunden. In die Betrachtung dessen, was wir diskutieren, muss deshalb immer auch eine globale Komponente mit einbezogen werden, sei es in der Analyse der Handelsbeziehungen, der Verfügbarkeit von Ressourcen auf globaler Ebene, den Auswirkungen auf die Verteilung von Reichtum und Armut, aber ganz zentral auch der Frage von ökologischer Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit kann verstanden werden als Solidarität zwischen den Generationen, als Handlungsanleitung aus einem christlichen Kontext heraus, oder als Grundbedingung für das Überleben der Menschheit, wie es im Brundtland-Bericht deutlich geworden ist. Mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit erkennen wir an, dass wir nicht nur für uns selbst wirtschaften, sondern in eine Abfolge der Generationen eingebunden sind. Nachhaltigkeit muss global angelegt sein.
7. Langfristig kann jede regionale und globale Wirtschaft nur dann dauerhaft ihren Wohlstand erhalten wenn sie die planetarischen Grenzen nicht verletzt. Insbesondere beim Klimawandel, der Biodiversität und dem Stickstoffkreislauf sind diese Grenzen, nach allem was wir wissen, bereits überschritten. Diese Grenzüberschreitungen sind mit ökologischen und ökonomischen Schäden verbunden, die in den letzten Jahren sichtbar geworden sind. Sie sind die nicht eingepreisten Kosten einer Wirtschaftsweise, die nicht nachhaltig ist. Wenn wir nachhaltig wirken wollen ergibt sich daraus die Notwendigkeit von ordnungspolitischen und fiskalpolitischen Maßnahmen zur Einhaltung dieser Grenzen. Dies muss nicht einen wirtschaftlichen Verlust bedeuten, denn es ergeben sich auch neue wirtschaftliche und Wohlstandschancen. Nachhaltige Entwicklung erfordert nicht nur eine massive Effizienzsteigerung bei der Ressourcen- und Energienutzung, sondern auch die dauerhafte Einordnung von Produktion und Konsum in den Kreislauf der Natur. Darüber hinaus sind individuelle Konsummuster und die Kultur der Verschwendung auf den Prüfstand zu stellen. Effizienz, Konsistenz und Suffizienz gehören zusammen, um zu Nachhaltigkeit zu kommen.
8. Entscheidend für die ökologische Tragfähigkeit von Wachstumsmodellen ist die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch. Diese Entkopplung im engeren Sinn wird unterschieden in eine relative Entkopplung (der Ressourcenverbrauch stagniert oder steigt zumindest nicht in dem Maße an wie das Wachstum) und eine Reduktion, bei der der Ressourcenverbrauch sinkt. Historisch zeigt sich, dass relative Entkopplung möglich ist, in Ausnahmefällen auch eine Reduktion. Wir brauchen in vielen Fällen eine Reduktion, also eine absolute Senkung des Ressourcen- oder Energieverbrauchs. Diese bedarf aber Strategien, um den Rebound-Effekt und leakage zu vermeiden. Diese Fragen können vom bundesdeutschen Gesetzgeber alleine nicht gelöst werden, aber sie können sehr wohl im nationalen Rahmen vorbereitet, zum Teil umgesetzt und auf der internationalen Ebene vorangetrieben werden. Dort bedürfen sie in der effektiven Umsetzung robuster internationaler Organisationen, Institutionen und Regime. Wesentliche ordnungspolitische Leitideen dazu werden in der Arbeitsgruppe vier erörtert, die jetzt ihre Arbeit aufnimmt.

9. Entkopplung im weiteren Sinn wird verstanden als eine Entkopplung des Wohlstands und der Lebensqualität vom Ressourcenverbrauch. Zu einer solchen Entkopplung kommt es bei einer Änderung der gesellschaftlichen Wertepreferenzen, der Lebensstile und der Neuorganisation der Arbeitswelt. Diese eher langfristigen Prozesse können indirekt über Bildung und gesellschaftliche Selbstverständigung erreicht werden. Sie erfordern gesellschaftliche Diskurse über die Art, wie wir leben wollen ebenso wie über das, was uns als Individuen und Gesellschaft wichtig ist. Sie erfordern aber auch das kreative Nachdenken darüber, ob die Organisation der Arbeit im 21. Jahrhundert notwendig eine andere Balance von Arbeit und Freizeit und von abhängiger und selbständiger Arbeit erforderlich macht und ob die Trennung zwischen Erwerbsarbeit und unbezahlter (ehrenamtlicher) Arbeit weiterhin ein konstitutiver Bestandteil unseres Arbeitsverständnisses sein kann oder soll. Diese Fragestellungen werden in der Arbeitsgruppe fünf erörtert, die jetzt ihre Arbeit aufnimmt.
  
10. Die Kommission ist sich in ihrer bisherigen Arbeit in der Problembeschreibung weitgehend einig gewesen, nicht aber in den Ansätzen zur Problemlösung. Dies sollte, angesichts der sehr unterschiedlichen Vorstellungen über die Rolle des Staates und der Märkte, der unterschiedlichen Interpretationen des Verhältnisses von Einzelem und Gesellschaft sowie differierender Grundverständnisse der Natur des Menschen und seiner Rechte, auch nicht weiter verwundern. Festzuhalten bleibt aber eine gemeinsame Grundüberzeugung, dass Wachstum angesichts der Folgeschäden in besonderem Maß rechtfertigungspflichtig ist; dass es das Prinzip der Vorsicht gebietet, auch langfristige Konsequenzen des Wachstums zu bedenken; und dass es eine gute antizipatorische Politik ist, diese Konsequenzen als externe Kosten zu internalisieren. Wenn wir dieses tun – mit welchen Mitteln auch immer – verändert sich auch der Diskurs über das Wachstum und wird eingebettet in breitere Fragestellungen, die Auskunft über unsere Wertpräferenzen geben können. Das zu erreichen ist ein Ziel, das den der Kommission zugrunde liegenden Arbeitsauftrag reflektiert und dem wir uns in der Arbeit der Kommission weiterhin verpflichtet fühlen.